Die Vorsitzende bat darum, den Antrag zu konkretisieren.

Abg. Eichner erklärte, die Pressemeldung des Deutschen Landkreistages habe die Frage aufgeworfen, ob es auch im Rhein-Sieg-Kreis Nichtbedürftige gebe, die Leistungen in Anspruch nehmen würden. Abg. Kunert merkte an, dass ihrer Einschätzung nach die Pressemitteilung eher als Appell an den Bundesgesetzgeber, Vorschriften zu ändern gewertet werden müsse. Es gehe nicht um Leistungsmissbrauch im Einzelfall. Zudem wies sie auf die Ausführungen des Abg. Neuber zu dem vorangegangenen TOP hin und betonte, dass auf Seiten der Verwaltung in jedem Einzelfall umfangreich geprüft werde, ob Leistungen zustünden.

Ltd. KVD Allroggen machte darauf aufmerksam, dass die Stellungnahmen des Landkreistages nicht immer unkritisch gegenüber den Entscheidungen auf Bundesebene seien – so auch im vorliegenden Fall. Von Leistungsmissbrauch im Rhein-Sieg-Kreis sei der Verwaltung, bedauerliche Einzelfälle ausgenommen, nichts bekannt.